

Plön 2035

sozial * wirtschaftsstark * klimaverträglich

Ausgabe 2/2020

Okt. 2020



**ÖPNV-Flat für alle:
finanziert durch Plöner Bürgerticket?**

SOZIALÖKOLOGISCHES BÜNDNIS PLÖN GEM. EV

Inhaltsverzeichnis:

Neues Denkmal in Eutin: Der FRIEDE hat viele Façetten	S. 2
„The world is on fire!“ Der Klimanotstand macht um Plön keinen Bogen	S. 4
Auch Plöns Gewerbetreibende wollen ein Lieferkettengesetz	S. 7
Wir schlagen vor: Plön soll Fairtrade-Town werden	S. 8
ÖPNV-Flat für alle: finanziert durch Plöner Bürgerticket?	S. 9
Was kommt nach dem Virus? „Der Neoliberalismus hat ausgedient“	S.12
Mit einem rot-grünen Green New Deal aus der Dreifachkrise heraus kommen	S.14



Neues Denkmal in Eutin: Der FRIEDE hat viele Façetten

Seit dem 3. Oktober 2020, dem 30. Jahrestag der deutschen Einheit, erinnert ein Gedenkstein am Uferweg des Großen Eutiner Sees an den Vertrag zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und den Regierungen der BRD und der DDR. Die Reformpolitik Michail Gorbatschows, des Generalsekretärs der KPdSU, hatte die Betonmauern des Kalten Kriegs zum Einsturz gebracht und den „Vier-plus-Zwei-Vertrag“ ermöglicht. Die Verpflichtung aus diesem Abkommen ist fest im nordischen Granitgestein verankert: „*Von deutschem Boden wird nur FRIEDEN ausgehen.*“ Angesichts der sich zuspitzenden weltweiten Konflikte und Krisen muss dieser Satz unverzüglich ins kollektive Bewusstsein eingehen!

Eutin galt zwischen 1776 und 1829 als „Weimar des Nordens“: Der Sturm-und-Drang-Dichter Friedrich Leopold zu Stolberg, der Homer-Übersetzer Johann Heinrich Voß, der Dramatiker Heinrich Wilhelm von Gerstenberg, der Philosoph Friedrich Heinrich Jacobi lebten hier. Matthias Claudius, Friedrich Gottlieb Klopstock, Johann Gottfried Herder, Wilhelm von Humboldt und andere bedeutende Persönlichkeiten suchten in der Residenz der Lübecker Fürstbischöfe den Gedankenaustausch. Der Komponist Carl Maria von Weber wurde hier geboren. Auch an den Goethe-Maler Johann Heinrich Wilhelm Tischbein sei erinnert.

Auf Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ basiert die heutige UN-Charta. Kant prägte den damaligen Zeitgeist: den „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“. Im Zentrum stand das Streben nach einem dauerhaften Frieden. Insofern steht der Eutiner Friedenskreis, der sich in den 1980er Jahren als Teil der weltweiten Friedensbewegung gründete, auf festem historischem Fundament. Drei seiner Mitglieder wirken auch in unserem Verein.

Der Friedenskreis konnte durchsetzen, dass die Garnisonstadt Eutin vor einem Jahr am Eingang zum Seepark einen *Friedensbaum* pflanzte. Nunmehr konnte der dazu gehörende Gedenkstein platziert werden.

Mehr als fünfzig Bürger*innen wohnten der Einweihung bei, darunter Eutins Stellvertretende Bürgermeisterin Elgin Lohse und der Stellvertretende Bürgervorsteher Manfred Ehmke. Pastor i.R. Lutz Tamchina vom Friedenskreis erinnerte in seiner Rede an Michail Gorbatschows Appell von 2017:

„Heute steht die Menschheit vor großen Herausforderungen, und es müssen die weltweite Aufrüstung, die verschärfte soziale Ungleichheit, die Klimakrise und die zunehmenden Verteilungskämpfe um knapper werdende Ressourcen zusammen gedacht werden.“



„Die EU kann nicht weltweit Kriege führen“, rief Europas höchster Militär im Juli 2020.

Die Bundeswehr ist in vielen Regionen im Einsatz, auch ohne Mandat der Vereinten Nationen. Der Rüstungsetat steigt und steigt und steigt. Das alles widerspricht dem Vier-plus-Zwei-Vertrag!

Gedenkstein-Enthüllung vor dem Eutiner Friedensbaum

Der Friedenstein steht m.E. auch für das „Neue Denken“ während der Perestrojka. Immer noch haben Michail Gorbatschows Appelle großes Gewicht. Es droht die Selbstvernichtung der Menschheit durch Atomkriege. Ihre Selbstverbrennung durch die vom *homo sapiens sapiens* verursachte Klimaerhitzung ist bereits eingeleitet. Die weiter wachsenden Bedrohungen einzudämmen erfordert ein ebenso rasches wie langfristiges, über Legislaturperioden hinausgehendes politisches Denken und Handeln. Der Aufbau einer stabilen und bewusst regulierten Welt erheischt tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungen: die Entmilitarisierung der Welt, die Durchsetzung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die Gewährleistung der freien Wahl des eigenen Entwicklungswegs für alle Völker.

„Heute appelliere ich an alle Menschen, die nicht nur an sich denken und denen die Zukunft ihrer Kinder und Enkel nicht gleichgültig ist, ihre Bemühungen zu vereinen, um die Welt vor Kriegsleid, vor der Bedrohung einer Umweltkatastrophe, vor Armut und Rückständigkeit zu bewahren. Das Ziel, eine sicherere, gerechtere und stabilere Weltordnung aufzubauen, ist realistisch, und es lohnt sich, dafür alles zu tun, was in unserer Macht steht. Lassen Sie uns nicht vergessen: Wir leben alle auf EINEM Planeten! Wir sind EINE Menschheit!“
(Michail Gorbatschow, 2017)

„The world is on fire!“ Der Klimanotstand macht um Plön keinen Bogen

Liebe Plöner Ratsversammlung,

zunächst herzlichen Dank für den Einsatz, mit dem Sie, Herr Buth, Ihre Website mit Informationen über Plöns Kommunalpolitik füttern! Auf diese Weise wurde uns Plöner*innen der Beschluss vom 25.9.2019 bekannt, durch den sich die Ratsversammlung zum Klimaschutz bekannte. Das loben wir. Weil sie jedoch den Klimanotstand verneinte, wurde der Beschluss zum zahnlosen Tiger:

„Die Ratsversammlung der Stadt Plön teilt die Einschätzung, dass der Welt eine Klimakatastrophe droht, wenn nicht schnell und entschlossen Anstrengungen zur Erreichung der Klimaziele (UN, Pariser Klimaschutzabkommen, Weltklimarat) unternommen werden. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten zum Klimaschutz beitragen. Bei allen neuen Beschlüssen der Selbstverwaltung und Maßnahmen der Verwaltung sollen Aspekte der Klimaverträglichkeit mit betrachtet und abgewogen werden. Außerdem soll im Dialog mit den Einwohner*innen, aber auch den Gästen unserer Stadt umweltbewusstes Handeln verstärkt werden.“

Zur Vorgeschichte: Am 2. Mai 2019 hatte Konstanz nach Basel, Vancouver und dem britischen Unterhaus als erste deutsche Stadt den Klimanotstand ausgerufen. Sechs Wochen später schlug Frau Pracht (CDU), bürgerliches Mitglied im Umweltausschuss, dasselbe für Plön vor. Ihre Resolution drang leider schon in ihrer eigenen Partei nicht durch. Nachdem kolportiert wurde, sie hätte ihren Antrag zurückgezogen, brachte ich im Namen unsres Vereins eine eigene Resolution mit einer Reihe detaillierter Forderungen in Umlauf. Plöns Agenda-2030-Initiative und die Linksfraktion übernahmen sie mit kleinen Änderungen. Inzwischen hatten rund siebzig deutsche Städte den Klimanotstand erklärt, darunter Kiel, Lübeck, Neumünster und Bad Segeberg.

Sie, Herr Buth, schrieben auf Ihrer Website: „Dieser Beschluß (vom 25.9.2019) war eine schwere Geburt. Es ist klar, und das habe ich in meinem Redebeitrag hervorgehoben, daß niemand in der Plöner Ratsversammlung den Klimawandel und den Anteil, den der Mensch daran hat, ernsthaft in Frage stellt.“

Weil dem Beschluss die Ausrufung des Klimanotstands fehlt, wirkt er wie ein Placebo:

„Auch nach meiner persönlichen Meinung ist die Ausrufung des Klimanotstandes ein symbolpolitischer Akt, FFF, form-, frist- und fruchtlos“ (Ingo Buth).

Ein einziges Ratsmitglied, Stefan Kruppa (CDU), stellte sich dem entgegen: „Die Ausrufung des Klimanotstands wäre ein starkes Zeichen. Je mehr Druck von unten, je mehr den Klimanotstand ausrufen, desto eher bewegen wir etwas.“ Daher werde er dem „weichgespülten, nicht zielführenden und nicht zukunftsträchtigen“ Antrag nicht zustimmen.

Was kritisieren wir am Beschluss der Ratsversammlung?

Erstens: Ohne Ausrufung des Klimanotstands bleibt der Beschluss unverbindlich: „im Rahmen unsrer Möglichkeiten“; „es soll“ bzw. „es sollen ...“. *Soll* die Feuerwehr ausrücken, wenn es brennt? Nein, sie *muss* es tun! Unverzüglich!

Zweitens: Wir teilen die Einschätzung nicht, dass eine Klimakatastrophe droht. Sie ist längst eingetreten, wie jetzt der dritte Dürresommer in Folge zeigte: Vernichtung ganzer Fichtenwälder durch Hitze und Borkenkäfer, verheerende Waldbrände (Australien, Jakutien, Kalifornien), Wirbelstürme und Überschwemmungen, fortschreitende Wüstenbildung in Brandenburg, ein ausgetrockneter Nebenfluss der Elbe, Ernteaufschläge, Artensterben, keine Trinkwasserversorgung in einigen deutschen Gemeinden, Vordringen tropischer Krankheiten (Malaria, Denguefieber), beschleunigter Meeresspiegelanstieg. Last but not least: Verluste an Menschenleben und volkswirtschaftlichem Vermögen.

Drittens: Der international geläufige Begriff „Climate Emergency“ bezeichnet - oberflächlich übersetzt - einen Einzelfall. Genauer: einen Notfall, der vorliegt, wenn es z.B. vor Ort brennt. Greta Thunberg verallgemeinerte die Aussage: „The world is on fire“. Dafür steht der deutsche Begriff „Klimanotstand“.



Fielen Ihnen in den letzten Spätsommertagen die besonders kräftigen Sonnenuntergänge auf? „Der Rauch der Waldbrände in Kalifornien zog in der Erdatmosphäre bis nach Deutschland ... Das abendliche Schauspiel erinnert daran, warum die steigenden Temperaturen den Wasserkreislauf der Erde verändern und Wälder häufiger brennen“ (Gerhard Traufetter im „Spiegel“ 39/2020). Im kalifornischen Death Valley wurde im August 2020 eine Rekordhitze von 54,4 °C im Schatten gemessen.

Was kann Plön von Konstanz lernen?

Auch in Konstanz hielt die Mehrzahl der Kommunalpolitiker*innen die Klimaerhitzung lange für ein Ereignis, das sich in fernen Regionen wie z.B. Grönland abspielt und erst in einer fernen Zukunft die vermeintlich heile Welt an der Schweizer Grenze berühren *könnte*. Bis der Extremsommer 2018 kam. Der Bodensee hatte einen extrem niedrigen Wasserstand, überall lagen tote Fische am Ufer. Die vor sich hin werkelnden Klima-AGs der Gymnasien bekamen starken Zulauf. Daraus entstand die lokale Fridays-for-Future-Gruppe.

Die Jugendlichen agierten erstaunlich besonnen: Sie demonstrierten zwar im vierzehntägigen Rhythmus, aber nur einmal monatlich „schwänzten“ sie die Schule. Dafür flankierten sie ihren Protest mit Müllsammelaktionen, Fahrradkorsos und Polittalks. Das brachte ihnen viele Sympathien bei Eltern und in der Bevölkerung. Im Vorfeld der Kommunalwahl, die parallel zur EP-Wahl im Mai 2019 stattfand, überzeugten die FFF-Akteure *sämtliche* Kommunalpolitiker*innen, worauf hin die Ausrufung des Klimanotstands *einstimmig* erfolgte.

Der Klimanotstand ist ein politisches Signal

Zwölf Monate später, am 12.5.2020, zog der Konstanzer Oberbürgermeister Burchardt, ein ehemaliger Förster, eine Zwischenbilanz:

„Der Klimanotstand war das Signal, um das gesamtstädtische Bewusstsein für das Thema Klimaschutz zu stärken. Mit dem Projekt ‚Stadtwechsel‘ wollen wir jetzt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Konstanz klimafreundlicher machen. Das Ziel ist die klimaneutrale Stadt.“

Seit Juni 2019 wird jede Sitzungsvorlage des Gemeinderats auf ihre Klimarelevanz geprüft. Unter anderem wurden neue klimaschutzrelevante Stellen geschaffen, ein Klimabürgerrat ins Leben gerufen und eine Solarpflicht für Neubauten beschlossen. (Hier sei in Erinnerung gerufen, dass der Plöner Umweltausschuss vor zwei Jahren den von uns initiierten und von den Grünen eingebrachten Antrag auf Einführung der Solarpflicht für Neubauten mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ablehnte.) 75 Prozent aller Wege werden in Konstanz mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt. Im Vergleich zu 2007 ging der PKW-Anteil im Binnenverkehr um 11 % zurück, während der innerstädtische Radverkehr um 10 % stieg. Ende 2019 wurde ein Klimanachtragshaushalt verabschiedet – die Mittel wurden fast verdreifacht. Geplant ist die Einführung eines Klimafonds zur Finanzierung aller künftigen Klimaschutzprojekte.

Im November 2019 konnte Konstanz stolz auf die bis dahin höchste Punktzahl bei ihrer Teilnahme am European Energy Award verweisen. Dies zeigte, dass die Mobilisierung der Bevölkerung für die Energiewende und den kommunalen Klimaschutz Früchte zu tragen begann. Nach dieser Auszeichnung öffnen sich die spezifischen Fördertöpfe. Das ist angesichts der finanzpolitischen Corona-Einschränkungen keinesfalls zu unterschätzen.

Indem sie die Existenz des Klimanotstands verneinte, leistete die Plöner Ratsversammlung unsrer Stadt einen Bärendienst.

Die Corona-Pandemie wirft auch in Konstanz die sozialökologischen Transformationsbestrebungen zurück: Der monatelange Stillstand im Gastgewerbe und im Einzelhandel führte zu erheblichen Gewerbesteuer-Mindereinnahmen, während gleichzeitig die Sozialausgaben drastisch stiegen. Folglich konnten nicht alle siebzig (!) beschlossenen Projekte begonnen werden. So muss zum Beispiel die Solaroffensive noch warten, die darauf zielt, den Anteil von Photovoltaikanlagen zu steigern, um das enorme Solarstrompotenzial im privaten Bereich zu nutzen. Umso wichtiger ist es, einen Großteil der Hilfen von Bund und Land BW gezielt für eine klimagerechte Stadtentwicklung einzusetzen.

Was folgt daraus für Plön?

Analoges gilt für unsre Stadt. Daher plädieren wir dafür, dass Plöns Ratsversammlung bereit ist, von Konstanz und allen weiteren Städten zu lernen, die ihre Einwohner*innen mobilisieren konnten, *weil sie den Klimanotstand ausriefen*. Was hindert Euch Ratsmitglieder daran, Euren Beschluss zu kassieren und die Debatte um die Zukunft unsrer Stadt ernsthafter als bisher zu führen?

25. September 2020. Hansjürgen Schulze – der Beitrag soll dem Ausschuss für Gesellschaft, Umwelt und Tourismus (GUT) am 22.10.20 vorgelegt werden.

Auch Plöns Gewerbetreibende wollen ein Lieferkettengesetz

„Wir leben alle auf EINEM Planeten! Wir sind EINE Menschheit!“ (vgl. S. 3). Über die globalen Lieferketten ließe sich die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards den geltenden UN- und EU-Direktiven entsprechend steuern. Doch da liegt vieles im Argen. Seit einer Häufung von Katastrophen übt die Öffentlichkeit Druck auf die verantwortlichen Konzerne aus. So verbrannten am 24. April 2013 über tausend Beschäftigte in einer Textilfabrik in Bangladesch. Monate zuvor, am 14.9.2012, starben Hunderte Textilarbeiterinnen in einer pakistanischen Textilfabrik bestialisch im Feuer. Auch hier wurden die Schutzbestimmungen nicht eingehalten. Weil diese Fabrik im Auftrag der deutschen KIK-Kette tätig war, empörte sich die deutsche Öffentlichkeit: Die Kund*innen boykottierten KIK, das Unternehmen stand vor der Insolvenz.

Ein Lieferkettengesetz soll die deutschen Unternehmen künftig verpflichten, in ihren Lieferketten die international gültigen Sorgfaltspflichten einzuhalten. Wer dagegen verstößt, soll durch Bußgelder und Ausschluss von der öffentlichen Auftragsvergabe sanktioniert werden. Das wurde im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD 2018 vereinbart. Das reicht bei weitem nicht aus, doch die deutschen Unternehmervverbände laufen Sturm und das Bundeswirtschaftsministerium mitsamt Bundeskanzleramt stellt sich ebenfalls quer.

Die Kinderrechtskonvention der UN verbietet die Arbeit von Kindern. Minister Altmaier setzt auf freiwilliges Engagement der deutschen Wirtschaft. Doch das wurde aus Profitgründen zum Flop.



Um der Forderung nach einem konsequenten Lieferkettengesetz Nachdruck zu verleihen, gründeten über hundert Organisationen der Zivilgesellschaft eine „Initiative Lieferkettengesetz“. Unter ihnen sind mehrere Dutzend Unternehmen, z.B. REWE und KIK. Viele weitere Gewerbetreibende würden auch in Plön ein konsequentes Lieferkettengesetz begrüßen, um die Schmutzkonkurrenz seitens der Herde sogenannter „schwarzer Schafe“ einzudämmen, die durch ihr bewusstes Wegsehen bei der Nichteinhaltung von Sozial- und Umweltstandards in ihren Lieferketten unlautere Preisvorteile für sich ergaunern.

Autoren: Bernd Jenning, ehemaliger Ratscherr in Kiel, Mitglied im SÖBP, und Hansjürgen Schulze.

Wir beackern das Thema in einer Arbeitsgruppe im „Bündnis Eine Welt-SH“.

Wir schlagen vor: Plön soll Fairtrade-Town werden

Das Sozialökologische Bündnis Plön e.V. brachte diese Resolution in Umlauf: „Plön beteiligt sich an der internationalen Kampagne ‚Fairtrade-Towns‘ und strebt den in Deutschland von TransFair e.V. verliehenen Titel ‚Fairtrade-Town‘ an. Zur Erlangung dieses Titels verpflichtet sich die Stadt Plön, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die fünf geforderten Kriterien erfüllt werden. Ziel der Kampagne ist es, dass sich verschiedene Akteure der Kommune gemeinsam für den Fairen Handel einsetzen.“

Begründung:

Kommunen können sich in Deutschland für ihr Engagement im Fairen Handel um den Titel Fairtrade-Town bewerben. Die Kampagne Fairtrade Towns vernetzt erfolgreich Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik und fördert den Fairen Handel auf kommunaler Ebene.

In Deutschland wächst zunehmend das Bewusstsein für gerechte Produktionsbedingungen sowie soziale und umweltschonende Herstellungs- und Handelsstrukturen. Auf kommunaler Ebene spielt der Faire Handel in allen gesellschaftlichen Bereichen eine wichtige Rolle, zunehmend auch bei der öffentlichen Beschaffung. Die Fairtrade-Towns-Kampagne bietet einen Startschuss für ein faires, nachhaltiges Engagement in einer Kommune. Anknüpfend an die UN-Agenda 2030 übernimmt eine Fairtrade-Town soziale Verantwortung und damit eine Vorbildfunktion für Bürgerinnen und Bürger. Für Plön bedeutet dies, sich als innovative weltoffene Stadt zu etablieren und ein positives Image zu transportieren. Der verknüpfende Charakter der Kampagne öffnet meist ganz neue Kooperationsformen regional, national sowie international. Alleine in Schleswig-Holstein gibt es bereits 27 Fairtrade Towns.

Zur Erlangungen des Titels Fairtrade-Town müssen folgende Kriterien erfüllt werden:

Kriterium 1: Es liegt ein Beschluss der Ratsversammlung vor, dass bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Bürgermeisterbüro Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus Fairem Handel verwendet wird. Es wird die Entscheidung getroffen, als Stadt den Titel „Fairtrade-Stadt“ anzustreben.

Kriterium 2: Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die auf dem Weg zur ‚Fairtrade-Stadt‘ die Aktivitäten vor Ort koordiniert.

Kriterium 3: In den lokalen Einzelhandelsgeschäften (darunter auch Floristen) sowie in Cafés und Restaurants werden Fairtrade-Produkte angeboten (jeweils mindestens zwei, die Anzahl der Geschäfte und gastronomischen Betriebe richtet sich nach der Einwohnerzahl).

Kriterium 4: In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden Fairtrade-Produkte verwendet und es werden dort Bildungsaktivitäten zum Thema ‚Fairer Handel‘ durchgeführt.

Kriterium 5: Die örtlichen Medien berichten über Aktivitäten auf dem Weg zur ‚Fairtrade-Stadt‘.“

Unser Text wurde am 25.2.2020 als gemeinsame Resolution beschlossen von:
*Sozialökologisches Bündnis Plön * Agenda-2030-Initiative * DIE LINKE Plön*

ÖPNV-Flat für alle: finanziert durch Plöner Bürgerticket?

Der CO₂-Ausstoß des Verkehrssektors ist seit 1990 nicht gesunken, sondern sogar gestiegen. Daher muss die Verkehrswende mit an vorderster Stelle stehen, wenn Plön bis 2035 klimaneutral werden soll. Seit vielen Jahren fordern Verkehrsexpert*innen die Abkehr vom Auto und den Umstieg auf Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel. Dass die Lebensqualität dabei steigt, zeigt die Coronakrise: Während des Lockdowns waren die Straßen verkehrsberuhigt wie nie, die Stickoxid- und Feinstaubbelastungen gingen signifikant zurück. Besonders eindrucksvoll erschienen uns die TV-Bilder aus Beijing: Statt des täglichen Smogs war die Sicht plötzlich wieder klar und wir fragten uns: Können wir diese neue Lebensqualität in die Zeit nach dem Virus hinüberretten?

In Hasselt, der Hauptstadt der belgischen Provinz Limburg, 74.000 Einwohner, 60 km Luftlinie von Aachen entfernt, wollte schon vor 25 Jahren eine Mehrheit der Bürger*innen die Blechlawine auf ein erträgliches Maß reduzieren. Die Region war bis in die 1970er Jahre vom Steinkohlebergbau geprägt. Dessen Niedergang konnte jahrzehntelang nicht kompensiert werden. Hasselt wurde zugleich durch ein immer stärkeres Verkehrsaufkommen belastet. Der Bau eines dritten Verkehrsrings schien unumgänglich, doch Hasselt stand um 1995 vor der Pleite und konnte den erforderlichen zweistelligen Millionenbetrag nicht aufbringen. Der konservative Bürgermeister ersann alle denkbaren Sparmaßnahmen, um den Bau trotz alledem zu finanzieren. Dabei wussten alle: Neue Straßen erzeugen zusätzlichen Verkehr. Auch der Restaurantbesitzer Steve Stevaert ärgerte sich über den Lärm und Gestank der Blechkarossen, die ihm das Geschäft verdarben.



Beispiel für gelungenen Straßen-Rückbau: Der vier-spurige Innenstadtring wurde aufgeteilt in Flächen für Fußgänger, Rad- und Autoverkehr. 400 neue Bäume bilden eine Frischluftschneise und prägen das Gesicht des „Groene Boulevard“ von Hasselt.

Dabei kam er auf eine ungewöhnliche und dennoch naheliegende Idee: Der ÖPNV solle so attraktiv gemacht werden, dass viele Bürger*innen freiwillig auf ihr Kfz verzichteten. Er bewarb sich für das Bürgermeisteramt und wurde gewählt. Trotz ihrer Armut installierte die Stadt einen Nulltarif für ihre zwei Linien, die mit acht Bussen bestückt waren und täglich rund tausend Fahrgäste beförderten. Die Busbetreibergesellschaft „De Lijn“ war zu hundert Prozent im Staatsbesitz und hatte eine Monopolstellung inne. Die Stadt erstattete „De

Lijn“ exakt jenen Teil der Einnahmen, die sie bisher von den Fahrgästen direkt erzielte. Er belastete den Kommunalhaushalt mit rund einem Prozent. Das war trotz der knappen Kassen finanzierbar.

Was jetzt geschah, war ein gigantischer Erfolg: Die Zahl der Passagiere stieg von 350.000 im Jahr 1996 auf 4,5 Millionen (2008), aus zwei Buslinien wurden fünfzig mit einer z.T. fünfminütigen Taktfolge. Die Innenstadt boomte: Viele Bürger*innen, die bis dahin ihren Feierabend zuhause vor der Glotze verbrachten, bevölkerten jetzt die City mit ihren neuen Kneipen und Kulturstätten. Hasselt wurde zu einem der führenden Wirtschaftszentren und zur viertwichtigsten Einkaufsstadt Belgiens. Neben Leuven ist sie die attraktivste Stadt Flanderns. Auch ihr Sozialprodukt entwickelte sich dynamisch. Der Anteil der Verkehrsausgaben am Gesamthaushalt blieb mit 1,26 % nahezu konstant.

Doch es gibt auch eine „dunkle“ Seite: Die Bevölkerung nahm das Angebot an ticketfreien Fahrten gerne an, doch kaum jemand war bereit, sich vom eigenen Automobil zu trennen. Die gigantische Menge zugemüllter (bzw. geparkter) Blechkisten beeinträchtigte weiterhin das Stadtbild. Um das zu ändern, griff die Verwaltung zu Zwangsmaßnahmen: Die Innenstadt wurde autofrei, die Parkgebühren im restlichen Stadtgebiet stark angehoben: Die erste halbe Stunde kostete zwar nur einen Euro, doch jede Überschreitung verschlang zehn Euro und galt für die nächsten sechs Stunden. Alle Bürger*innen wurden über die wahren Kosten der eigenen PKW-Nutzung aufgeklärt: Kraft-*fahr*-zeuge sind in Wirklichkeit *Stehzeuge* – sie stehen 23 Stunden am Tag ungenutzt herum und verschlingen wertvollen *gemeinschaftlich nutzbaren* öffentlichen Raum.

Jeder gefahrene Kilometer belastet nicht nur den Stadtsäckel, sondern kostet auch die Autobesitzer 30-50 Cent. Alleine der Wertverlust ist mit monatlich 200-300 € zu veranschlagen. Da macht es Sinn, das Auto abzuschaffen, aufs Fahrrad umzusteigen, bei Bedarf einen Leihwagen zu nehmen, sich das eine oder andere Taxi zu genehmigen und/oder Carsharing-Angebote zu nutzen.

Der Nulltarif im ÖPNV scheiterte wie in den vergleichbaren brandenburgischen Städten Templin und Lübben am eigenen Erfolg. Die Fahrgastbeteiligung am Gesamtpreis war 1996 in Hasselt mit 9 % extrem gering. (In Deutschland ist sie deutlich höher.) Die schwindende PKW-Zahl minderte die Einnahmen aus Parkgebühren und Kfz-Steuer. Gemessen an den realen Kosten überstieg das Projekt zunehmend die Subventionsspielräume der Stadt. Hinzu kam, dass eine autofreundliche Mitte-Rechts-Regierung in Flandern ans Ruder gelangte und die Subventionen für „De Lijn“ sanken. Der Nulltarif wurde 2012 gegen den Willen der amtierenden Bürgermeisterin Hilde Claes gecancelt (mit Ausnahme von Senioren und Jugendlichen), doch der Tarif blieb mit fünfzig Cent pro Fahrt im Vergleich zu anderen Städten außerordentlich günstig.

Plöner ÖPNV-Flat für alle, finanziert durch das Bürgerticket

Die ÖPNV-Flat ist mit einer Telefon-Flatrate vergleichbar. Man zahlt einen Jahres- oder Monatsbeitrag und kann den ÖPNV zum Nulltarif nutzen. Es gibt mehrere Varianten: Die Flatrate kann aus einem Fixpreis bestehen oder sozial gestaffelt sein. Sie kann nur für diejenigen gelten, die sich individuell für die Teilnahme entschieden haben, oder aber sie beruht auf einer Zwangsabgabe, gleichgültig, ob sie den ÖPNV nutzen oder nicht – so, wie (fast) alle Bürger*innen in ihre Krankenversicherung einzahlen. Wir plädieren für die allgemein verbindliche Verkehrsabgabe und die ÖPNV-Flat für alle als Gegenleistung.

Es kommt auf den politischen Willen und Mut an, eine ÖPNV-Flat einzuführen. Der Verkehrswissenschaftler Prof. Heiner Monheim war in den 1990er Jahren als Referatsleiter im nordrhein-westfälischen Verkehrsministerium maßgeblich an der Einführung des ÖPNV-Semestertickets für Studierende beteiligt. Eine solche „Zwangsabgabe“ lässt sich nur durchsetzen, wenn die Beteiligten im Kollektiv zustimmen. Das „Bürgerticket für Studierende“ bedarf von Beginn an und in jedem Semester neu des Votums des Studierendenparlaments. Heute werden die Semestertickets an fast allen deutschen Hochschulen angeboten – als Teilbetrag, den die Studierenden mit ihrer Immatrikulation bezahlen müssen. Die Preise unterscheiden sich regional, doch stets sind sie erheblich günstiger als normale Monats- oder Jahreskarten.

„Es gab einen massiven Run auf den öffentlichen Verkehr, wobei es nicht so ist, dass die Studenten alle vom Fahrrad herunter gestiegen wären – also der Umweltverbund als Ganzes hat massiv gewonnen und es hat eine ganz massive Entmotorisierung gegeben. Also Studenten, die ein Auto hatten, haben sich gefragt: Was brauche ich noch ein Auto, wenn ich noch ein Semesterticket habe, es gibt eine minimale Autobesitzquote bei den Studenten jetzt, die vorher ziemlich hoch war“ (Prof. Monheim 2015 im Deutschlandfunk).



Dr. Heiner Monheim war bis zur Emeritierung 2012 Professor für Raumentwicklung an der Uni Trier und leitet heute das Institut für Raumentwicklung und Kommunikation in Trier mit Filialen in Bonn und Malente.

Das Foto zeigt ihn mit der Gitarre vor dem Eutiner Friedensbaum beim Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkriegs, 1.9.2020

Tübingens OB Boris Palmer rechnete in derselben Reportage des Deutschlandfunks vor: Eine ÖPNV-Flat für alle in der Universitätsstadt am Neckar mit 85.000 Einwohnern könnte durch eine allgemeinverbindliche Verkehrsabgabe von 150 Euro pro Kopf und Jahr finanziert werden, sozial gestaffelt für Kinder, Rentner und Geringverdiener. Im Vergleich zu 470 € für die Abo-Jahreskarte wäre das Bürgerticket „sehr viel günstiger – falls man denn Bus fährt. Die Betriebskosten für die Tübinger Busse betragen rund 15 Millionen Euro im Jahr. Acht Millionen Euro davon werden aus Fahrkarteneinnahmen erzielt“. Die notwendige Zustimmung des Bundeslands Baden-Württemberg steht noch aus.

Das ist sicherlich eine Anregung für Plöns Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen. Wir bleiben diesbezüglich weiter am Ball.

Was kommt nach dem Virus? „Der Neoliberalismus hat ausgedient“

Unter dieser Überschrift veröffentlichte DIE ZEIT am 21.9.2020 ein Interview mit Klaus Schwab, dem Chef des Weltwirtschaftsforums. Angesichts der drei sich überlagernden Krisen (Corona, Klima, soziale Ungleichheit) habe der Neoliberalismus „ausgedient“. Bevor die Privatisierungswelle in den 1980ern anrollte, hätten dem Gemeinwohl verpflichtete Unternehmen und der Staat die gesellschaftliche Grundversorgung gesichert. Jetzt machen diese Unternehmen bessere Geschäfte, aber sie machen sie auf Kosten der Gemeinschaft. Von willigen Politikern unterstützt, knabbern sie an der sozialen, ökonomischen und ökologischen Infrastruktur: Vormalis dem Gemeinwohl dienende Leistungen wie das Bereithalten von Reservekapazitäten (z.B. Intensivbetten und Pflegepersonal) wurden eingespart. Kurzfristiges betriebswirtschaftliches Denken orientiert sich an zweistelligen Renditen. Langfristiges Denken, z.B. das Vorhalten dieser Reserven, scheint überflüssig: Wenn Krisen auftreten, fängt die Gesellschaft noch immer viele akute Unternehmensverluste auf.

Solange alles funktioniert, scheint die Welt in Ordnung: Strom kommt aus der Steckdose, Wasser aus dem Hahn. Züge bringen uns pünktlich zum Ziel. Oder auch nicht. Erst wenn Sand im Getriebe ist, werden die Probleme hinterfragt.

Die Pandemie bereitet dem Professor Schwab Sorgen: Das Virus verschärft die Herausforderungen - die wachsende Spaltung in Arm und Reich mindert die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit und damit auch den Klimaschutz.

„Ich bin davon überzeugt, dass die unternehmerische Kraft jedes Einzelnen die Triebfeder für echten Fortschritt ist – und nicht der Staat. Aber diese individuelle Kraft muss in ein System von Regeln eingebettet werden, das ein Überborden in die eine oder andere Richtung verhindert. Diese Funktion muss ein starker Staat erfüllen. Der Markt löst allein keine Probleme.“



Davon unberührt, bleiben die Verantwortungsträger*innen und die meisten Medien stramm auf Kurs. Das betrifft auf besonders beschämende Weise die Kommunen: Jene Krankenschwestern, Bus- und Müllfahrer, denen für ihren unverzichtbaren systemrelevanten Einsatz während „Corona“ Beifall gespendet wurde, sollen sich gefälligst in der Tarifaueinandersetzung zurückhalten.

Vision als Kompass: Wird es 1918 oder 1945 sein?

Ähnlich wie Klaus Schwab bestehen europäische Finanzminister und Staatsoberhäupter (z.B. Präsident Macron) metaphorisch darauf, dass „wir uns im Krieg befinden“: Krieg ist der einzige nationale Zustand, der es zu rechtfertigen scheint, die Regeln der herrschenden Wirtschaftspolitik zu brechen.

Kommt die „Schwarze Null“ zurück, wenn die Pandemie vorbei ist? Kehren wir, um im Bild zu bleiben, zur alten Prioritätensetzung zurück wie die Siegermächte von 1918? Versailles bahnte mit seinem kurzsichtigen Denken bekanntlich dem Rechtsextremismus und über ihn dem Zweiten Weltkrieg den Weg. Wenn wir nicht bereit sind, die Ursachen der Dreifachkrise zu bekämpfen, wird sich die Krise auf höherer Stufenleiter reproduzieren. Wir sollten sofort mit dem Aufbau einer besseren Ordnung beginnen – im Geist von 1944/45, als die Weltmächte auf der Grundlage eines sozialpolitischen Quantensprungs (New Deal!) mit den Vereinten Nationen die Basis für ein friedlicheres Zusammenleben der Völker schufen. In der Covid-19-Krise müssen wir darüber nachdenken, wie eine fundamentalökonomische Grundversorgung aussehen soll, damit wir die Herausforderungen „danach“ meistern.

Die Versorgung mit Gesundheit und Pflege ist jener Bereich, in dem der Umschwung am einfachsten scheint. Die gemeinwohlorientierten Gesundheits- und Pflegedienste müssen ausgeweitet werden. Dabei gewinnen Themen wie falsche Ernährung, Luftverschmutzung und psychische Defekte an Gewicht.

An zweiter Stelle steht das Wohnen. Regierungen müssen zusammen mit regulierten Non-Profit-Unternehmen (Wohnbaugenossenschaften) und Mietervereinen für bezahlbare Mieten Verantwortung übernehmen. Das beginnt bei der Regulierung der Bodenpreise. Um Klimaneutralität zu erreichen, müssen zwei Drittel aller Wohnungen gemeinwohlorientiert energetisch saniert werden.

Ernährungsgewohnheiten hängen eng mit unsrer Kultur zusammen. Es gilt, jene Supermarktketten zu regulieren, die den Vertrieb dominieren und dabei die Bauern ausbeuten. Supermärkte sind die ersten Kandidaten für gesellschaftliche Betriebslizenzen, das heißt: Regulierungen, die soziale und ökologische Verpflichtungen für alle Anbieter grundlegender Dienste vorschreiben.

Pensionsfonds und Versicherungsunternehmen müssen direkt in die materielle Infrastruktur investieren. Die Fundamentalökonomie bietet stabile langfristige Investitionsmöglichkeiten mit vernünftigen Erträgen, die mit Fünf-Prozent-Schuldtiteln finanziert werden können.

Ohne eine Steuerreform, welche die großen Vermögen abschöpft, würde sich nach dem Virus die Bereitstellung von Versorgungsleistungen verschlechtern. Für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre drohten strenge Einsparprogramme mit erheblichen Abstrichen an der Grundversorgung und am Klimaschutz.

Der Klimanotstand erfordert Veränderungen in unsrer Art zu leben und zu arbeiten: Wohnen, Mobilität und Ernährung sind für mehr als die Hälfte der Treibhausgase verantwortlich.

Ein rot-grüner Green New Deal lässt sich nur in harten Kämpfen gegen starke Beharrungskräfte durchsetzen.

Der historische New Deal lehrt uns, dass es dazu eines konsequenten Zusammenwirkens von Behörden (Regierung), Unternehmen und einer starken Graswurzelbewegung bedarf.

Mit einem rot-grünen Green New Deal aus der Dreifach-Krise (Corona, Klima, soziale Spaltung) heraus kommen

In fast allen heutigen Gesellschaften macht sich in Bezug auf den Klimawandel eine ähnliche Hoffnungslosigkeit breit wie einst in der Großen Depression der 1930er Jahre. Dazu trägt auch die Niederlage des „Demokratischen Sozialisten“ und Green New Dealers Bernie Sanders im US-Präsidentenwahlkampf bei. Das weltberühmte Porträt „Migrant Mother“ der Fotografin Dorothea Lange vom März 1936 bringt es auf den Punkt (hier ein Ausschnitt):



Es zeigt Florence Owens Thompson, eine 32-jährige Wanderarbeiterin vom Volk der Cherokee mit ihren Kindern Katherine (4) und Ruby (5). Das Foto ist ungewöhnlich dicht, es geht tief unter die Haut. Hoffnungslosigkeit steht der Frau ins Gesicht geschrieben. Dennoch brachte sie alleinstehend zehn Kinder durch die Krise. (Unter den damaligen rassistischen Bedingungen waren Wanderarbeiterinnen wie sie auch in den USA fast schutzlos den häufigen Vergewaltigungen ausgesetzt.) In Ermangelung einer Behausung musste die Familie unter kalifornischen Brücken schlafen. Hauptnahrung waren Vögel, die die Kinder auf der Jagd erbeuteten. Die San Francisco News veröffentlichte das Foto unter dem Titel „Zerlumpt, hungrig, pleite. Erntehelfer leben im Elend“. Es hebt wie kaum ein anderes die verdrängten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaften ins öffentliche Bewusstsein.

Im Brennglas der heutigen Dreifachkrise werden die verborgenen Strukturen noch sichtbarer. Das beginnt bei den Massenunterkünften von Flüchtlingen und osteuropäischen Saisonarbeiter*innen in der Landwirtschaft (Spargelernte, Massentierhaltung, Schlachthöfe, z.B. Tönnies) und setzt sich über die viel zu gering entlohten „wirklich systemrelevanten Kräfte“ fort: Pflegepersonal in Kliniken und Altersheimen, Busfahrer*innen, Kassierer*innen in Supermärkten und andernorts. Das Porträt der Florence Owens Thompson gibt allen ein Gesicht. Sie sind aber nur die Spitze eines Eisbergs von Ausbeutungsverhältnissen. Diese sind veränderbar und nicht festgemeißelt:

Der New Deal als Wegbereiter eines rot-grünen Green New Deal

Die Weltwirtschaftskrise erreichte 1932/33 ihren Zenit. Gegenüber 1929 hatte sich das US-Inlandsprodukt nahezu halbiert. Fast ohne jede soziale Absicherung lag die Arbeitslosenquote bei 25 Prozent. Millionen Bürger*innen verloren ihre Ersparnisse. In dieser verzweifelten Situation setzte der republikanische US-Präsident Hoover auf einen strikten Sparkurs, um einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu realisieren (die „Schwarze Null“ verhindert Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen). Darin sah er die Basis für eine wirtschaftliche Erholung. Dagegen setzte sein Herausforderer John D. Roosevelt auf In-

vestitionen durch Verschuldung und hohe Besteuerung der Reichen: Einkommensteuer bis 91%, Erbschaftssteuer bis 77%, Unternehmensgewinne \leq 45%.

Im November 1932 gewann Roosevelt die Wahl mit 57%, 1936 sogar mit 60%. Um die Unterstützung vieler Unternehmer zu gewinnen, trug er zunächst den Rassismus des Südens mit und lehnte eine umfassende Arbeits- und Sozialgesetzgebung ab. Doch der Einfluss der Gewerkschaften wuchs mit steigender Zahl der Arbeitsplätze: Die Tennessee Valley Authority (TVA), eine neu geschaffene Bundesbehörde, errichtete in sieben abgehängten Bundesstaaten des Südens 21 Staudämme. Dörfer und die Landwirtschaft wurden an das Stromnetz angeschlossen. Bis dahin betrieben ausschließlich private Konzerne die Stromversorgung – wirtschaftlich schwache Regionen waren unterversorgt, hohe Monopolpreise belasteten in vielen Großstädten die Bevölkerung. Roosevelt setzte die allgemeine Stromversorgung als eine öffentliche Aufgabe durch zu Preisen, die nur halb so hoch wie die der Privaten waren.

Eine immer breitere Streikwelle für höhere Löhne provozierte den Einsatz von Polizei und Nationalgarde durch einige Bürgermeister und Gouverneure. Es gab blutige Schlachten und Tote. Die unternehmerfreundliche New-Deal-Regierung geriet von mehreren Seiten unter Druck. Nach zwei Jahren triftete das Projekt in eine allgemeine Orientierungslosigkeit. Daraufhin erklärte der Supreme Court, in dem die Republikaner dominierten, mit knapper Stimmenmehrheit immer weitere Entscheidungen des New Deal für verfassungswidrig.

Jetzt orientierte sich der Präsident um. Das Selbstbewusstsein und der Mut der Lohnabhängigen waren mit der wirtschaftlichen Erholung gewachsen. Die Unternehmer entzogen Roosevelt während der Klassenkämpfe zunehmend ihre Unterstützung. Ab 1935 setzte der Präsident auf die Arbeiterklasse:

„Die Unternehmer haben begonnen, die Regierung der Vereinigten Staaten als ein bloßes Anhängsel ihrer eigenen Geschäfte zu betrachten“ (J.D. Roosevelt).

Arbeitsministerin Frances Perkins war, anders als zunächst Roosevelt, von Anfang an eine Befürworterin eines Sozialstaats mit Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung, Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn. Bei der Schaffung einer gesetzlichen Krankenversicherung konnte sie sich nicht durchsetzen, sie musste darüber hinaus Kompromisse eingehen. Dennoch wurde die Einführung vieler Sozialgesetze zur tragenden Säule des New Deal.

Die zweite Phase des New Deal (1935-1938) stand im Zeichen einer sozialpartnerschaftlichen Absicherung. Nachdem Roosevelt die Wahl 1936 haushoch gewonnen hatte, gab der Supreme Court seine Obstruktionspolitik auf. Die Jahre 1937 und 1938 waren der Höhe- und zugleich Endpunkt des New Deal. Gegen John M. Keynes' Rat hielt Roosevelt eine Rückkehr zur „Schwarzen Null“ für unausweichlich. Das führte zu einer sofortigen Rezession und einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zwar nahm der Präsident seinen Beschluss zurück, doch bei den Zwischenwahlen 1938 machte sich eine allgemeine Ernüchterung breit: Der New Deal hatte sein Pulver verschossen.

Dennoch trugen die Errungenschaften über den Zweiten Weltkrieg hinweg bis zu uns und bis zum Ende der 1970er Jahre. Einige davon hielten den neoliberalen Attacken bis heute stand. Insofern bereitete der New Deal dem erhofften Ausstieg aus Corona durch einen rot-grünen Green New Deal den Weg. (Literaturempfehlung: Steffen Lehndorff: „New Deal heißt Mut zum Konflikt“)

SOZIALÖKOLOGISCHES BÜNDNIS PLÖN E.V.

Ich möchte Mitglied werden
zum Monatsbeitrag von 2 €

Name _____

Adresse _____

Fon _____

Email _____

Unterschrift _____

Bitte abtrennen und per Post an
Hansjürgen Schulze

Who we are



Mitglieder des Vereins „Sozialökologisches Bündnis Plön“

Acht Aktivisten gründeten im September 2017 den parteiunabhängigen gemeinnützigen Verein „Sozialökologisches Bündnis Plön“: Drei von uns schöpfen aus eigenen kommunalpolitischen Erfahrungen als Kreistagsabgeordnete von Plön, Ostholstein und als Ratsherr in Kiel. Ein promovierter Biochemiker bearbeitet das Thema „nachhaltige Landwirtschaft“. Ein weiteres Gründungsmitglied forscht als Professor für experimentelle

Neuroinformatik an der ETH Zürich u.a. in Richtung Künstliche Intelligenz im Gleichklang mit sozialer Kompetenz. Hansjürgen Schulze, der Autor dieser Broschüre, ist auch im Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform in Berlin aktiv.

Wir sind ein parteiunabhängiger gemeinnütziger eingetragener Verein zur Förderung des Bewusstseins über den sozialökologischen Umbau in Plön und in unserer Region. Wir verstehen uns als ThinkTank und sind Mitglied in der Plöner Agenda-2030-Initiative und im Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein.

Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit ergänzen und stimulieren sich. Die übergroßen Herausforderungen Energiewende, maximales Recycling und Schonung der Ressourcen erfordern von uns allen ein Umdenken. Global agierende Konzerne mit neoliberaler Ausrichtung sind nicht fähig, die Klimakatastrophe zu stoppen, die Natur im Einklang mit sich selbst zu belassen oder die enormen Gewinnüberschüsse auf alle gerecht zu verteilen.

Wir legen hier die zweite Ausgabe unserer Quartalszeitschrift vor, mit der wir die Entwicklung Plöns zur „Solarcity“ bis 2035 kritisch-konstruktiv begleiten werden.

V. i. S. d. P.: Hansjürgen Schulze, Ölmühlenallee 1, 24306 Plön
Sozialökologisches Bündnis Plön e.V.

Vorstand

Hansjürgen Schulze, Plön * Dr. Helmut Grewe, Felde * Heinz-Joachim Müller, Preetz
<https://sozialoekologisches-buendnis-ploen.de> 04522-508093 hajueschulze43@gmail.com